



---

## Mit linker und feministischer Politik gegen den rechtskonservativen Backlash

**Am 5. November 2024 wurde Donald Trump erneut zum Präsidenten der USA gewählt. Diese Entscheidung wird nicht nur erhebliche Konsequenzen für die Weltwirtschaft und Aussenpolitik haben, sondern stellt auch einen direkten Angriff auf Frauen, queere, nicht-weiße und andere von Diskriminierung betroffenen Personen dar. Die SP Schweiz anerkennt, dass eine linke Wirtschaftspolitik immer auch Hand in Hand mit der Bekämpfung von Sexismus, Queerfeindlichkeit, Rassismus und allen weiteren Formen von Diskriminierung gehen muss.**

Dass Donald Trump erneut zum Präsidenten der USA gewählt wurde, stellt mit Blick auf die Geschehnisse der Weltpolitik keinen Einzelfall dar. Der Rechtsruck machte sich im Jahr 2024 auch in Europa einmal mehr deutlich bemerkbar: An den Europawahlen siegten Rechtskonservative deutlich, bei den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen legte die AfD stark zu und aus den Nationalratswahlen in Österreich ging die FPÖ als grosse Wahlsiegerin hervor.

Weltweit findet ein rechtskonservativer Backlash statt und insbesondere die Rechte von Frauen und queeren Personen stehen unter Beschuss: In den republikanischen Staaten der USA wurde der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen stark eingeschränkt, was dazu führt, dass ungewollt Schwangere oft lange Wege in andere Bundesstaaten auf sich nehmen müssen, um Zugang zu einer angemessenen Gesundheitsversorgung zu erhalten. Im Iran erleben Frauen extreme Repressionen, wenn sie sich nicht an Kleidervorschriften halten. Neu sollen sie sogar in psychiatrischen Kliniken behandelt werden, wenn sie sich weigern, ein Kopftuch zu tragen. In Afghanistan werden Frauen durch das Taliban-Regime unsichtbar gemacht: Sie müssen jederzeit ihren Körper und ihr Gesicht bedecken, dürfen keine fremden Männer anschauen und ihre Stimme darf in der Öffentlichkeit nicht gehört werden. In Italien dürfen Personen von der "Pro Life"-Bewegung dank einem neuen Gesetz der Meloni-Regierung nun ungewollt Schwangere direkt vor Kliniken belästigen und einschüchtern.

Auch in der Schweiz ist der rechtskonservative Backlash zu spüren. Seit dem Rechtsruck im nationalen Parlament bei den Wahlen 2023 wurde es praktisch unmöglich, Mehrheiten für wichtige Projekte zu finden. Das bürgerliche Parlament gibt Milliarden für die Armee aus und lässt dagegen beispielsweise Opfer von sexualisierter und häuslicher Gewalt im Stich, indem es sich weigert, genügend Geld für Schutz und Prävention bereitzustellen.

Auch innerhalb der Linken gibt es Stimmen, die der Ansicht sind, dass Anliegen von Frauen oder Minderheiten aktuell nicht Vorrang haben müssten, sondern vor allem eine linke Wirtschaftspolitik betrieben werden soll. Diese Trennung ist jedoch nicht nur künstlich, sondern auch historisch und theoretisch falsch. Die kapitalistische Ausbeutung trifft Frauen, queere Personen, Menschen ohne Schweizer Pass und Menschen mit Behinderungen besonders hart, da sie häufig in prekären Arbeitsverhältnissen, schlechter bezahlten Branchen oder unter unsicheren Lebensbedingungen arbeiten müssen. Die patriarchale und rassistische Struktur des Kapitalismus sorgt dafür, dass wirtschaftliche Ausbeutung und soziale Diskriminierung Hand in Hand gehen.

Der Kampf für wirtschaftliche Gerechtigkeit ist ohne feministische und antirassistische Perspektiven unvollständig und wird scheitern, wenn er die spezifischen Unterdrückungsmechanismen ignoriert, die bestimmte Gruppen stärker betreffen. Wir müssen deshalb den Kampf um faire Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, anerkannte Care Arbeit und soziale Sicherheit untrennbar mit dem Kampf gegen patriarchale und rassistische Strukturen verbinden.

Im Kampf gegen den rechtskonservativen Backlash sieht es die SP Schweiz als ihre Aufgabe, die verschiedenen linken Kämpfe miteinander zu verbinden, anstatt sie gegeneinander auszuspielen, denn nur durch eine klare Verbindung unserer Kämpfe kann eine gerechtere Gesellschaft für alle geschaffen werden und diese Politik muss an die breite Bevölkerung herangetragen werden. Dabei anerkennt die SP Schweiz:

- Auf der ganzen Welt findet ein rechtskonservativer Backlash statt. Wir müssen jetzt handeln, um linke Errungenschaften der letzten Jahrzehnte zu verteidigen!
- Linke Politik beinhaltet Feminismus, Antirassismus und den Kampf gegen andere Diskriminierungsformen genauso wie linke Wirtschaftspolitik. Diese Themen schließen einander nicht aus, sondern ergänzen sich!
- Die SP muss an ihrer Themenvielfalt festhalten und ihre Forderungen in die breite Bevölkerung tragen. Die Gleichstellungspolitik bleibt ein Kernthema der SP.
- Um den rechtskonservativen Backlash zu bekämpfen, muss sich die SP Schweiz mit anderen linken Organisationen - sowohl national als auch international - vernetzen und verbünden.